

Der Nebel lichtet sich!

Jetzt ist es also amtlich: Die 16 Euro-Mitgliedsländer werden Griechenland mit dreistelligen Milliardenbeträgen "unterstützen". Auch der Internationale Währungsfond (IWF) darf bei dem profitablen Geschäft mitmischen.

Dass diese "Geldspritzen" für Griechenland kein Geschenk sind, sondern eine "Schuldenvergrößerungsaktion" für alle Euro-Länder, diese Befürchtung ist mehr als berechtigt: Denn diese Milliardenbeträge entstehen ja nicht in der nationalen Banknotenpresse der einzelnen Länder, sondern sie werden bei den privaten Banken, sprich bei den privaten Geldgebern, ausgeliehen. Wenn sich Griechenland nun zu Recht weigert, überhöhte Zinsen an die Euro-Geberländer zu zahlen, dann wird letztlich jedes Euro-Land zusätzliche Zinsen an die privaten Kreditgeber zahlen müssen.

Schon zeichnet sich ab, dass in Griechenland, als direkte Konsequenz, die Beamten, inklusive die Lehrer, drastische Gehaltskürzungen werden hinnehmen müssen, und dass deshalb auch weniger Pflegepersonal und weniger Polizisten als benötigt eingestellt werden können.

Das griechische Schicksal wird nun nacheinander alle anderen Euro-Mitgliedsländer ereilen, auch Belgien, wenn wir in Europa nicht schnellstmöglich von unseren Staats- und Regierungschefs bzw. von unseren Ministern eine dem Allgemeinwohl dienende Geldpolitik einfordern!

Vor der "Griechenland-Krise" konnten die Abgeordneten und die Minister als Entschuldigung für die erlassenen Gesetze und Richtlinien, sowie für das Durchwinken des ausbeuterischen Lissabon-Vertrages, womöglich noch ihre Unwissenheit in Geldfragen anführen, jetzt ist das nicht mehr möglich! Denn inzwischen lichtet sich für jeden Bürger der Nebel um die finanzpolitischen Machenschaften im Euro-Raum. Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Wirtschaftswissenschaftler und Währungsspezialist, schreibt dazu: "Der Euro hat die Einheit Europas nicht vorangebracht, sondern blockiert. Die Völker Europas waren niemals uneiniger als jetzt. Die einen haben den Euro für ihre nationalen Zwecke missbraucht, ihn inflationiert und sich über die Halskrause verschuldet; die anderen müssen dafür zahlen. Der Euro hat uns vor keiner Krise geschützt, im Gegenteil: er hat die internationale Spekulation gegen ihn angefacht und verstärkt. Er ist weder ein Integrationsmotor gewesen, noch hat er sich als Schutzschild bewährt."

Was bedeutet das nun für uns, hier in der Deutschsprachigen Gemeinschaft? Was können wir einfachen Bürgerinnen und Bürger gegen diese Entwicklung tun? Die Antwort auf diese Frage ist ganz einfach: Wir können unsere 4 Minister Lambert, Paasch, Mollers und Weykmans auffordern, diese Erkenntnisse in die interministeriellen Konferenzen in Brüssel einzubringen, damit die Ausbeutung der Menschen im Euro-Raum durch eine entsprechende Gesetzgebung beendet wird!

Joseph Meyer, St.Vith
VIVANT- Ostbelgien